

# Wahlen in Deutschland

**Beitrag von „Moebius“ vom 27. Februar 2025 12:34**

## Zitat von pepe

Die Frage ist doch dann, wo fängt die "politische Betätigung" an? Kann man überhaupt unpolitisch argumentieren, wenn man für Organisationen wie Greenpeace, Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen usw. spricht? Da eine Regelung im Grundgesetz zu finden, ohne die Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht zu unterdrücken, wird schwierig bis unmöglich.

Keine dieser NGOs benötigt in meinen Augen eine pauschale Finanzierung durch den Staat. Es ist legitim, wenn dieser einzelne NGOs für bestimmte Projekte bezahlt, die in staatlichem Interesse sind, wenn Ärzte ohne Grenzen also zB tätig wird um einen Krankheitsausbruch in Afrika zu bekämpfen, darf der Staat das von mir aus gerne auch komplett zahlen. Das sollten dann aber keine Projekte politischer Natur sein, politische Aufklärung kann der Staat auch selber zB über die BZfPB betreiben, da muss er keine NGOs vorschreiben, dann ist auch transparent, wer was in wessen Auftrag macht.

Eine "Organisation der Zivilgesellschaft", die staatlich finanziert wird, ist keine Organisation der Zivilgesellschaft.

Organisationen, die sich politisch betätigen wollen, können und müssen sich dann eben über Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzieren, das sollte in meinen Augen auch kein Problem sein, wenn sie einen entsprechenden basisdemokratischen Rückhalt haben, im Gegenteil, es würde die Legitimität der Anliegen stärken.